

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Liesel Hartenstein MdB,  
Vorsitzende der AG Um-  
weltfragen der SPD-Bun-  
destagsfraktion, kommen-  
tiert den Bericht der  
Bundesregierung zu  
"Global 2000".

Seite 1

Fritz Sänger fordert auf,  
sich über die Bedeutung  
des Menschen in Krieg und  
Frieden klar zu werden:  
Stets frei, offen und  
beharrlich diskutieren.

Seite 3

Rudolf Schieler MdEP be-  
grüßt den Wahlrechtsvor-  
schlag des Europäischen  
Parlaments: Ein entschei-  
dender Schritt.

Seite 5

### Dokumentation:

Erklärung des Europäischen  
Parlaments zur Lage in  
El Salvador.

Seite 6

### Buchbesprechung

Bernd Engelmann über das  
"Tagebuch eines Verzwei-  
felten" von Friedrich  
Perceval Reck-Malleczew-  
en.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godeberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 8 12-1

37. Jahrgang / 49

12. März 1982

Die Zeit drängt

Der Bericht der Bundesregierung zu "Global 2000" gibt  
positive Hinweise

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB  
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen der  
SPD-Bundestagsfraktion

Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung in ihrem Bericht  
zu "Global 2000" die in der amerikanischen Studie aufgezeig-  
ten Probleme aufgegriffen und mit ihrer Stellungnahme dem  
Grundanliegen der Fraktionen der SPD und FDP, das in dem  
Entschließungsantrag vom 9. Dezember 1981 zum Ausdruck kommt,  
in wesentlichen Teilen entsprochen hat.

Der Bundesregierung ist zuzustimmen in der Auffassung, daß  
die in "Global 2000" geschilderten Entwicklungstendenzen  
"Schlüsselprobleme für die Zukunft der Menschheit darstel-  
len". Zweifellos trifft alle Industrieländer, insbesondere  
auch die Bundesrepublik, ein hohes Maß an Verantwortung für  
die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes auf der Erde  
und die Sicherung der Lebensgrundlagen für eine explosions-  
artig anschwellende Weltbevölkerung.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, kann es nicht  
genügen, Wissenschaft und Forschung in stärkerem Maße als  
bisher mit der Unteruschung von Zukunftsaufgaben zu betrauen,  
auch die Einführung der Forschungsergebnisse in die politi-  
sche Diskussion ist nur ein Zwischenschritt, wenngleich ein  
notwendiger. Was gefordert werden muß, ist die Erarbeitung  
eines politischen Handlungskonzeptes, welches eine Trendwen-  
de zum Ziel hat. Dieses Handlungskonzept muß international  
abgestimmt werden, da nationale Einzelmaßnahmen bestenfalls  
Teilerfolge haben können.

Das heißt: Nur wenn die Mobilisierung aller Möglichkeiten  
zur Bekämpfung des Hungers, vor allen in den Ländern der  
Dritten Welt, gelingt, wenn eine Eindämmung des Ressourcen-  
verbrauchs erfolgt und weitere Umweltzerstörung vermieden  
wird, können die Negativtrends weltweit durchbrochen werden.

Ein eindrucksvoller Katalog von bereits eingeleiteten Maß-  
nahmen zeigt, daß die Bundesregierung insbesondere in ihrer  
Forschungs- und Entwicklungspolitik an zahlreichen Stellen  
neue Wege eingeschlagen und damit die Herausforderungen der

Periodischer Druck  
auf wertvollem Recycling-Papier



Zukunft angenommen hat. So zum Beispiel wenn in 31 Ländern insgesamt 38 Prozent laufen, die der Sicherung der Brennholzversorgung und dem Schutz der Wälder dienen. Ein weiteres wichtiges Feld ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Eigenproduktion der armen Länder, und zwar nicht einfach durch die Übertragung hochtechnisierter europäischer Produktionsmethoden, sondern durch die Entwicklung angepaßter Agrartechniken, die die Bodenfruchtbarkeit erhalten, gleichzeitig die Erträge steigern und den Menschen Arbeitsplätze schaffen.

Nach der Prognose des Global-Berichts werden im Jahr 2000 rund sechs Milliarden Menschen zu ernähren sein statt heute 4,5 Milliarden; davon werden vier Fünftel in den Entwicklungsländern leben.

Die Verknappung und Verteuerung der Energie stellt ebenfalls ein schwer lösbares Problem für alle ärmeren Länder dar; es kann nur durch eine Art Doppelstrategie bewältigt werden: durch konsequente Einsparung von Öl und anderen fossilen Energieträgern in den Industrieländern und gleichzeitige forcierte Nutzung alternativer Energiequellen wie zum Beispiel der Sonnen- und Windenergie, in den Entwicklungsländern.

In vielen Bereichen drängt die Zeit. Das gilt besonders für die tropischen Regenwälder, deren Abholzung in einem atemberaubenden Tempo vorangetrieben wird; das gilt für den rasanten Anstieg der Kohlendioxid-Konzentration durch die Verbrennung fossiler Stoffe. Eine Vielzahl von Annahmen deutet darauf hin, daß dadurch einschneidende Veränderungen unseres gesamten Klimas ausgelöst werden können. Der Bundesregierung ist beizupflichten, wenn sie sagt: "Die Politik kann gerade in diesen beiden Problembereichen wegen der möglichen schwerwiegenden Einflüsse auf das Klima nicht warten, bis abgesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen". In der Tat! Es gibt Entwicklungstrends, deren Auswirkungen erst langfristig zweifelsfrei erkennbar werden, das heißt erst dann, wenn die Schäden irreparabel geworden sind.

Besonders positiv ist hervorzuheben, daß der Bericht nicht verschweigt, daß zur Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse ein schwieriger Prozeß notwendig sein wird, der bis zu "Veränderungen im Lebensstil" reicht und eine Politik erfordert, die sich stärker an Zukunftsaufgaben orientiert.

Die in dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen formulierten Fragen setzen genau an diesem Punkt an. Über die Sachdarstellung hinaus, die der Bericht der Bundesregierung bereits enthält, wird in dem Antrag von SPD und FDP gebeten, zu prüfen und darzustellen, ob und gegebenenfalls welche zusätzlichen Handlungsprogramme und alternativen die Bundesregierung für erforderlich hält, um den Erkenntnissen aus "Global 2000" Rechnung zu tragen, und ob unser eigenes umweltpolitisches und planerisches Instrumentarium ausreicht, um die beschriebenen langfristigen globalen Gefahren vorzuschätzen und ihnen wirksam zu begegnen. Man darf auf die Antwort gespannt sein!

In ihrer Vorbemerkung stellt die Bundesregierung zutreffend fest, daß Anfang 1981 eine breitere Diskussion über "Global 2000" eingesetzt habe. Mittlerweile ist diese Diskussion zu einer Lawine angeschwollen. Landauf, landab beschäftigen sich alle gesellschaftlich relevanten Gruppen damit: die Kirchen, die Parteien, die Volkshochschulen, Akademien und Universitäten, Gewerkschaften, Frauenverbände, Jugendorganisationen, Umwelt- und Naturschutzverbände und zahllose Bürgervereinigungen.

Mit dem vorliegenden Bericht hat die Bundesregierung Ihrerseits das Gespräch aufgenommen, jetzt ist das Parlament an der Reihe.  
(-/12.3.1982/hi/ca)

+ + +



Stets frei, offen und beharrlich diskutieren

Wir müssen uns über die Bedeutung des Menschen in Krieg und Frieden klar werden

Von Fritz Sänger

Sozialdemokraten sind vaterlandslose Gesellen!  
Sozialdemokraten wollen kein Militär!  
Sozialdemokraten sind gegen unsere Soldaten!  
Sozialdemokraten geben unser Vaterland dem Feinde preis!

Von Kindheit an haben wir solche und ähnliche Rufe gehört und gelesen. Das begann in der Schule. Viele Menschen haben sich ihre politische Meinung danach gebildet, haben die Sozialdemokraten als die Feinde der bürgerlichen Ordnung angesehen. Sie sind damit alt geworden, und sie haben ihren Kindern und Enkeln Unkenntnis, Unsinn und Verleumdung weitergegeben.

Noch nach dem Zweiten Weltkrieg in diesem Jahrhundert sind diese Rufe und Flustereien, die Behauptungen und Lügen nicht verstummt. Zeitgenossen, die sich gebildet finden, tragen sie weiter.

Wer je gerecht denken will, wer die Wahrheit sucht und die Tatsachen kennen will, der gehe hin, wo die Gräber zeugen. Langsamem Schrittes gehe er den Hügel hinauf zum Totenhaus am Fort Douaumont bei Verdun in Frankreich. Er schaue dort und er zeige den Kindern und Enkeln das Meer von weißen Kreuzen, das sich bis an den weiten Horizont dehnt. Er fahre nach Vaux und nach Ypern zu den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges in Belgien und Nordfrankreich und auf die ungezählten Kampfstatten in Europa und Afrika, die im Zweiten Weltkrieg in diesem Jahrhundert noch einmal Millionen Opfer aus der Jugend aller Nationen begraben sind. Dort liegen auch die Sozialdemokraten, die ihr Vaterland verteidigt haben, die Väter, die Söhne und die Enkel.

Zu jeder Zeit haben Sozialdemokraten in Frieden und Krieg wie andere Bürger des Landes auch, sie als die rmsten Söhne und auch die getreuesten, ihre Pflichten erfüllt, Opfer an Gut und Leben gebracht, Opfer für die Freiheit des Landes, das der Terror überwältigte und für das Recht und die Gerechtigkeit, für den Mitmenschen und für dieses Land, das ihre Heimat war und blieb. August Bebel, in den Jahrzehnten des Aufstiegs der Sozialdemokraten zur Mitverantwortung im Staate, führender Sozialdemokrat, wollte dieses Land entwickeln, "wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht".

Seit die deutschen Sozialdemokraten in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts in die Geschichte eingetreten sind, war es ihr Ziel, "daß Friede waltet, Wohlstand blühet". Sie haben gewußt und danach gehandelt, für die Verteidigung Deutschlands die notwendigen Maßnahmen und Einrichtungen, eine Armee und eine wirkungsvolle Ausrüstung, zu schaffen. Die Sozialdemokraten haben jedoch niemals eine Militärmacht zur Eroberung fremder Gebiete gewollt, nie die Unterdrückung fremder Völker zugelassen, niemals den Krieg als Mittel der Politik anerkannt. Sie haben, als es nötig schien, ihr Land verteidigt. Politische Arbeit zu leisten und durch sie den Frieden zu sichern und zu erhalten - das war, dies blieb und dies bleibt ihre Verpflichtung gegenüber Volk und Land.

Was im demokratischen Staat und nach der Verfassung einer Demokratie geschieht oder was unterlassen wird, das hat der Bürger im Lande zu verantworten. Zwar führt eine Regierung die Geschäfte, kontrolliert ein Parlament das Geschehen, aber der Bürger wählt das Parlament und dieses die Regierung. Es kommt also auf ihn an, wer regieren kann und wie. Die Verantwortung liegt bei dem Wähler.



"Wieso bei mir?" Der Professor in der Klinik fragt es. Er habe doch keine Zeit für die Politik. Er habe auch keinen Einfluß auf eine Partei. Er gehöre ja auch keiner an. Ja, er wähle eine, bisher immer die gleiche. Der Buchhändler sagt gleiches, der Lehrer auch, der Bauer, der Handwerker, die Hausfrau, der junge und der alte Mann, das Mädchen und die Greisin. Sie haben ihre Berufe oder das kleine Haus. Sie haben Sport und den Skat-Abend und andere Hobbies. Nur für die Politik haben sie kaum Zeit, ausgenommen ein paar Worte in der U-Bahn oder im Betrieb. In den Zeitungen lesen sie die Überschriften, kaum je den Text darunter, den Kommentar nur selten.

Politik - was ist das? Am allerwenigsten ist es das Behaupten von Dingen oder Vorgängen, die man nicht kennt, ist es der Umgang mit Unwahrheiten, das Schimpfen ohne Kenntnisse, das Verleunden von Menschen, deren Arbeitsleistung man nicht überschauen kann, von Parteien, deren Wirken man nicht übersieht, nur davon hört, das eine oder andere, an deren Arbeit man aber nicht selbst teilnimmt oder die man gar ablehnt. Weiß jeder warum?

Politik verlangt, daß sich der Bürger kümmert, daß er weiß, was um ihn herum vorgeht und was ihn und seine Interessen berührt, daß er in seiner Wohngemeinde mit anderen gemeinsam zu leben hat, also mitdenken, teilnehmen, mit anderen versuchen muß, sein Wissen, das Denken, sein Wollen dort durchzusetzen, wo schließlich entschieden wird. Der Fortschritt beginnt dort, wo die Menschen miteinander sprechen, raten, handeln und wo sie erkennen, daß die Grenze ihrer eigenen Freiheiten an der Grenze der Freiheiten des anderen enden.

Die Demokratie braucht den kritischen, verantwortlichen Bürger. Wer sich einen Maulkorb vorbindet oder seine Kritik wie seinen Mülleimer am falschen Platz abstellt, taugt nicht für die Gemeinschaft, fördert sie nicht und auch nicht seine eigenen Interessen. Ein Volk, das sich kümmert, schaut in sich hinein. Ein Volk aber, das brüllt, kann nicht nach innen lauschen. "Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, umso weniger Helden wird es einmal brauchen", sagte die mutige Journalistin Franca Magnani am 21. November 1980 im Deutschen Fernsehen.

Zu jeder Zeit haben die Völker soldatischen Geist gepriesen. Nicht selten haben sie ihn verzerrt, übertrieben, mißdeutet. Nach den schweren Kriegen, die in diesem Jahrhundert die zivilisierte Welt an den Rand tiefster Abgründe geführt haben, ist es an der Zeit, sich über die Bedeutung des Menschen in Krieg und Frieden klar zu werden. Es wäre viel gewonnen, wenn nur an die Stelle unfaire oder unoffener Diskussion und in die Verborgenheit gedrängter Phantasien die stets freie, offene und beharrliche Auseinandersetzung träte, zu Wortgefechten, zu Redeschlachten führen würde, in denen auch der politische Gegner als Person ernst genommen wird.

Wenn der Wille zum Frieden so stark wird wie der Mut zum Kriege es nur zu oft geworden ist, dann, erst dann haben Soldaten in Uniform und im Rock des Bürgers oder in der Kluft des Arbeiters ihre eigentliche moralische Kraft erreicht und nur dann bietet soldatischer Geist in Krieg und Frieden die sichere Voraussetzung für die höchste Leistung in der menschlichen Gesellschaft: die Bewahrung des Lebens. (-/12.3.1982/vo-he/ca)



**Ein entscheidender Schritt**  
-----

**Aber: Der EP-Wahlrechtsvorschlag hat einen Schönheitsfehler**

**Von Dr. Rudolf Schieler MdEP**

**Mitglied des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments**

Das Europäische Parlament hat in dieser Woche in deutlicher Weise sein Selbstbewußtsein formuliert und einen entscheidenden Schritt nach vorn getan. Mit überzeugender Mehrheit haben die Parlamentarier aus zehn Ländern den Akt für ein einheitliches Wahlverfahren zur zweiten Direktwahl im Jahre 1984 beschlossen.

Es liegt nun am Ministerrat, ob er sich zu einem einheitlichen Beschluß über das vereinheitlichte Wahlverfahren durchringen kann. Schließlich haben auch noch die nationalen Parlamente das Wort. Eile ist daher geboten.

Leider hat das vom Parlament beschlossene Wahlgesetz jedoch einen Schönheitsfehler: Das Parlament hat einerseits mit Mehrheit entschieden, daß solche Staatsbürger der Europäischen Gemeinschaft, die bereits länger als fünf Jahre außerhalb ihres Heimatlandes leben, das Recht haben sollen, als Kandidat in ihrem Wohnsitzland aufzutreten. Zum anderen hat das Parlament aber einer Initiative der Sozialistischen Fraktion die Mehrheit verweigert, die darauf abzielte, daß auch einem EG-Bürger das aktive Wahlrecht gewährt werden soll, wenn er fünf Jahre in einem anderen EG-Land als seinem Heimatland wohnhaft war.

Also: Ein Bürger soll zwar außerhalb seines ursprünglichen Heimatlandes nach fünf Jahren Wohndauer als Kandidat auftreten können, sich als Wähler zu betätigen, wird ihm jedoch in seinem Wohnsitzland verweigert. Das ist natürlich eine paradoxe Entscheidung, die revisionsbedürftig ist.

Abgesehen von diesem Schönheitsfehler ist es jedoch dem Parlament gelungen eine ausgewogene Regelung zu finden. Natürlich konnten nicht alle Wünsche, insbesondere nicht die der Briten, die ihr traditionelles Mehrheitswahlrecht wollten, erfüllt werden. Aber ein wichtiger Schritt zur Gewinnung eines einheitlichen Wahlrechts ist vollzogen.

(-/12.3.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf Initiative der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament hat das EP am Donnerstag einen von Ien van den Heuvel und Heidemarie Wieczorek-Zeul initiierten Entschließungsantrag zur Lage in El Salvador mit 86 zu 57 Stimmen angenommen. Zu der Mehrheit verhalten dem Antrag neben den Stimmen der Sozialisten die der Kommunisten sowie Teilen der italienischen Christdemokraten und Teilen der Liberalen. Der Antrag, den auch die sozialistischen Abgeordneten Gliane, Caborn, van Miert, Fullet, Theobald-Paoli, van Minnen, Rogers, Griffith, Hänsch, Schinzel, Cohen eingereicht haben, hat folgenden Wortlaut:

Zur Lage in El SalvadorDas Europäische Parlament

- in äußerster Sorge über die Lage in El Salvador und in einer Reihe anderer Länder in Mittelamerika,
  - in der Überzeugung, daß in dieser Region ein Grundsatzkonflikt ausgetragen wird, bei dem es um die Gleichberechtigung der verschiedenen Bevölkerungen geht,
  - in der Erwägung, daß verhindert werden muß, daß dieser Konflikt zu einem Teil des Ost-West-Gegensatzes wird,
  - in der Erwägung, daß keine militärische Intervention aus dem Ausland, in welcher Form auch immer, stattfinden darf,
  - in der Erwägung, daß nur eine Lösung, die auf einem politischen Dialog zwischen Regierung und Opposition und einem Einvernehmen über die großen politischen Leitlinien aufgebaut ist, erfolgversprechende Aussichten bietet,
  - in der Erwägung, daß die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika eine derartige Lösung nicht ermöglicht,
  - in der Erwägung, daß sich der Präsident von Mexiko am 21. Februar bereit erklärt hat, zwischen allen am Konflikt beteiligten Parteien zu vermitteln,
  - in der Erwägung, daß es notwendig ist, jegliche Anwendung von Gewalt - gegebenenfalls durch den Einsatz einer UN-Friedenstruppe zu unterbinden und die politischen Gefangenen freizulassen,
  - \* in der Erwägung, daß die FDR/FMLN einen neuen positiven Lösungsvorschlag in die Diskussion gebracht hat,
  - \* in der Erwägung, daß die anstehende Abstimmung am 28. März in El Salvador nicht als freie Wahlen betrachtet werden kann, da keinerlei politische Freiheiten garantiert sind und die Oppositionspolitiker mit der Ermordung rechnen müßten,
1. ersucht die im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit zusammentretende Minister, unter anderem im Einvernehmen mit den USA eine derartige Lösung zu fordern,
  2. setzt sich bei den im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Minister dafür ein, daß diese mit dem mexikanischen Außenminister Kontakt aufnehmen, um festzustellen, welche konkrete Rolle die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft übernehmen können, um diesem Vermittlungsversuch zum Erfolg zu verhelfen,
  3. ersucht die im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Minister, dafür Sorge zu tragen, daß die schweren Verletzungen der Menschenrechte in El Salvador in anderen Ländern Mittelamerikas in der UN-Menschenrechtskommission zur Sprache gebracht werden,
  4. fordert den Rat und die Kommission auf, der betroffenen Bevölkerung humanitäre Hilfe zu leisten,
  5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung den im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Außenminister, dem Rat, der Kommission, sowie den Regierungen der USA, Mexikos und El Salvadors zu übermitteln. (-/12.3.1982/eu/ca)



Buchbesprechung

Friedrich Percyval Reck-Malleczewen, "Tagebuch eines Verzweifelten", Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 176 Seiten, 22,— DM.

Die Hitlerei installiert, um Hab- und Machtgier zu stillen

Dieses "Tagebuch eines Verzweifelten" ist ein wichtiges, gewiß auch in vieler Hinsicht erschütterndes Zeitdokument aus den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft in Deutschland. Als solches verdient es nicht nur Beachtung, besonders, was die konsequent anti-nazistische Grundhaltung des Verfassers betrifft, sondern heischt auch Respekt vor diesem Friedrich Percyval Reck-Malleczewen, der seine unverhohlene, tiefe Abscheu vor dem verbrecherischen Regime mit dem Leben bezahlen mußte. Indessen darf uns dies alles nicht zu verleiten, Recks Darstellung und seine in diesen Tagebuchblättern beschriebenen Ansichten im Ganzen widerspruchslos hinzunehmen. Es wäre auch falsch, Recks Standpunkte als typisch, etwa für seine Klasse - der Vater war Gutsherr auf Malleczewen in Ostpreußen - oder gar für den deutschen Widerstand anzusehen.

Friedrich Reck war weder typisch für die ostelbischen Agrarier, deren Bildung meist gering und deren Horizont nicht sehr weit gezogen war, noch für diejenigen, die den Nazis Widerstand leisteten. Beides geht schon aus seinem Lebenslauf hervor: Er kam 1884 auf dem elterlichen Herrensitz zur Welt, trat als Nachgeborener nach dem Abitur in ein feudales Regiment ein, wurde Offizier, nahm aber schon bald seinen Abschied, studierte Medizin und bereiste als wohlhabender Globetrotter Afrika und Amerika. Von 1917 an wandte er sich der Schriftstellerei zu, schrieb Romane und Novellen, wobei er sich vorzugsweise mit Gestalten aus der Zeit der Französischen Revolution wie Marat oder Charlotte Corday sowie mit ausgefallenen Themen aus der deutschen Geschichte befaßte. Er liebte - so der Große Brockhaus - "schroffe Gegensätze zwischen weichen Gefühlen und heftigen Katastrophen".

Er lebte damals, in den Jahren der Weimarer Republik, in Pasing bei München, als das, was man in England einen Gentleman-Author of Independant means nennt, das heißt, als ein vermögender Herr, der von seinem Schriftstellerberuf nicht leben muß. Er verkehrte in jenen wohlhabenden, einflußreichen, wohl auch künstlerisch interessierten Kreisen des Adels und des Besitzbürgertums, in die auch der von Ehrgeiz und Geltungssucht getriebene Abenteurer Adolf Hitler drängte, den Reck damals mehrfach traf. Voller Verachtung, im Rückblick mit abgrundtiefem Haß, äußerte er sich über diesen Parvenu.

Ursprünglich, das heißt, als Hitler noch ein rechtsextremistischer Außenseiter war, fand Reck diesen "verhungerten Straßenkötter" schlicht unappetitlich, dessen "Kleinleutemachiavellismus" abstoßend und allenfalls "bei Volksschulmeistern, Steuersupernumeraren und Stenotypistinnen" Wirkung erzielend. Aber damals, als sich Bayern als "Ordnungszelle" der Oberschicht so verhaßten Weimarer Republik verstand, da hielten sich jene Kreise, in denen Reck verkehrte, diesen Herrn Hitler und dessen "Wehrverbände" als, sozusagen, Kettenhunde, die sie jederzeit gegen die Arbeiterparteien, die Gewerkschaften und die oppositionelle Intelligenz loslassen konnten. "Es kann nicht die Aufgabe der bayerischen Staatsregierung sein", so begründete damals der damalige CSU-Politiker Fritz Schäffer die Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags auf Verbot der schwerbewaffneten Nazi-Banden, "den Marxisten einen unangenehmen Gegner zu ersparen..." Und just die Herren und besonders die Damen jener Münchner Hautevolée, mit denen Reck freundschaftlich verkehrte, verwöhnten diesen Herrn Hitler in ihren Salons, ließen ihn stundenlang schwadronieren, gruselten sich wohl auch ein wenig vor seinem blutrünstigen Kauderwelsch, aber steckten ihm dann das Geld zu, das er brauchte, und ließen für diesen "unheimlichen Demagogen" ihre Beziehungen spielen.

Reck hat dies damals, leicht angewidert, beobachtet. Was er an diesem Hitler auszusetzen hatte, war dessen wildgewordenes Kleinbürgertum, gepaart mit schlechten Manieren, Unbildung und Größenwahn. Im Herbst 1932, wenige Wochen vor der Machtübernahme durch die Nazis, als Hitler bereits über die mit Abstand stärkste politische Partei im Deutschen Reich verfügte, traf Reck ihn noch einmal in München, in einer Schwabinger Osteria. Er sah in diesem, inzwischen längst arrivierten, von den Deutschnationalen wie vom katholischen Zentrum umworbenen, für das Kanzleramt vorgesehenen Faschistenführer nur einem "kleinen Beamten, der ein ihm sonst nicht zugängliches Lokal betreten hat, nun aber, da er einmal Platz genommen hat, für sein gutes Geld auch verlangt, "daß man ihn ebenso gut bediene wie die feinen Herren nebenan..." Einer der feinen Herren nebenan, das war Friedrich Reck-Malleczewen, der wegen der unsicheren Zeiten eine geladene Pistole bei sich hatte. "Ich hätte ihn damals in dem nahezu menschenleeren Lokal ohne weiteres

abschießen können. Ich hätte es ohne Zaudern getan, sofern mir eine Gewißheit über die Rolle dieses Unflates und über unser jahrelanges Leiden gekommen wäre", bekennt Reck vier Jahre später freimütig. "Ich nahm ihn damals für nicht mehr als eben eine Witzblattfigur und schoß nicht...".

Millionen Deutsche sahen im Herbst 1932 in diesem Adolf Hitler etwas ganz anderes, nämlich eines der gefährlichsten Werkzeuge ihres Klassenfeindes, mit dessen Hilfe dieser die Republik zertrümmern, alle Errungenschaften jahrzehntelanger Kämpfe der Arbeiterbewegung mit einem Schlag beseitigen, die Gewerkschaften samt den Arbeiterparteien brutal zerschlagen, ihre Kader physisch vernichten und nach Beseitigung dieser Hindernisse eine Diktatur des wütesten Terrors errichten und zu einem Angriffskrieg gegen alle Nachbarn rüsten wollte. Dazu gehörten übrigens keine prophetischen Gaben; dafür gab es dokumentarische Beweise in Mengen. Reck hat davon offenbar keine Notiz genommen.

Er, der vom Standesdenken geleitete, humanistisch gebildete, weiterfahrene Gentleman, konservativ und monarchistisch gesinnt, kommt erst aus ästhetischen Gründen, dann, als das "Dritte Reich" errichtet ist, aus tiefster Abneigung gegen die Masse und ihren Wahn zu einer entschiedenen Ablehnung des Nazismus, dessen extreme Unsittlichkeit er in dem Hintertreppen-Schlingis-Khan, dem "Unflat" Hitler, verkörpert sieht. Die kompromißlose Haltung, die Reck dann gegenüber dem verhaßten Regime einnimmt, ehrt diesen Mann, besonders deshalb, weil die meisten seiner Standesgenossen die Dinge zwar ähnlich sahen wie er, aber nicht der Versuchung widerstehen konnten, sich von dem heimlich verspotteten "böhmischen Gefreiten" aushalten zu lassen - mit Pfründen, vermehrter Macht, rascher Karriere und gar mit Geldgeschenken und Orden, deren sie und ihre Nachkommen sich auch heute noch nicht schämen.

Friedrich Reck war das Gegenteil solcher Opportunisten, aber wenn er den verführten kleinen Leuten in Deutschland ihre Dummheit vorwerfen zu müssen glaubte, so war er im Irrtum: Das Kleinbürgertum richtete sich nach seinem Vorbild, der alten, von der Republik nicht entmachteten, nicht einmal angetasteten Führungsschicht. Ihr müßte der Vorwurf grenzenloser Dummheit gelten, weil sie die Hitlerei in Deutschland installierte, um ihre grenzenlose Hab- und Machtgier zu stillen, und sich dabei in der albernen Hoffnung wiegte, man könnte die losgelassenen Höllenhunde jederzeit wieder an die Kette legen. Reck gehörte zu dieser alten Führungsschicht; er war, was Anstand, Gefühl für Recht und Unrecht sowie strikte Ablehnung opportunistischen Verhaltens betraf, eine rühmliche Ausnahme. Aber frei von Standesdünkel war er nicht, und das kommt allzu oft in diesem Tagebuch zum Ausdruck. Angemerkt sei auch, daß seine tiefe Abneigung gegen seine Heimat Preußen ebenso ungerecht ist wie die Zuweisung aller Schuld an die kleinen Leute. Preußen mag viele Fehler gehabt haben - die Wurzel des nazistischen Übels war es ganz gewiß nicht! Die dumpfe Irrationalität der Nazi-Ideologie, der aus tiefsitzenden Minderwertigkeitskomplexen geborene Rassenwahn, die totale Intoleranz und selbst der Kadavergehorsam der alle Kriegsverbrechen deckenden Nazi-Generalität waren samt und sonders so unpreußisch wie nur möglich.

Wenn man ihren Ursprung überhaupt geographisch einzuordnen vermag, so stammten diese Übel, besonders der grenzenlose Judenhaß, aus der k.u.k. österreich-ungarischen Provinz, jedenfalls aus katholisch-bigotten, nicht aus protestantischen schon gar nicht aus preußischem, von Kant und Hegel beeinflusstem Milieu.

Es gäbe noch so manches zu korrigieren, mindestens zurechtzurücken (wobei die von Reck wiederholt gebrauchte Vokabel "Vernegerung" oder gar "Verniggerung" heute noch peinlicher wirkt, als sie schon damals war, wenn sie von einem Antifaschisten benutzt wurde). Doch wenn wir an diesem Friedrich Percyval Reck Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen, so müssen wir zugeben, daß seine Tugenden alle seine Fehler aufwiegen. Es sind übrigens vornehmlich typisch preußische Tugenden; er verhielt sich ähnlich wie jener stockkonservative preußische Obristenleutnant Johann Friedrich Adolph von der Marwitz zu Friedersdorf, der sich strikt weigerte, Kriegsverbrechen zu begehen, die König Friedrich II. ("der Große") ihm befohlen hatte, und der - wie es auf seinem Grabstein heißt - "Ungnade wählte, wo Gehorsam keine Ehre brachte".

Recks Tagebuch ist ein Zeugnis dafür, daß es auch im reaktionären Lager - denn dort stand er zweifellos - anständige, ehrenhafte, ihren Grundsätzen bis in den Tod treue Menschen gegeben hat.

Bernt Engelmann